

Entlastung für pflegende Angehörige: Zugang zu stationären Kuren vereinfacht

Neue Regelung macht leichtere Auszeit vom Pflegealltag möglich

Angehörige zu Hause zu pflegen, ist für viele Betroffene anstrengend – körperlich und auch seelisch. Um für Entlastung zu sorgen, gibt es spezielle Reha-Maßnahmen. Seit Jahresbeginn ist es leichter, diese zu beantragen. Darauf weist der SoVD in Niedersachsen hin.

Für 85 Prozent der betroffenen Angehörigen bestimmt die Pflege den Alltag. Die Hälfte von ihnen kümmert sich sogar mehr als zwölf Stunden am Tag um den Pflegebedürftigen. Das geht aus dem aktuellen Pflegereport der Barmer hervor: Viele Angehörige seien an der Belastungsgrenze angekommen.

Um eine Auszeit vom Pflegealltag nehmen zu

können, gibt es spezielle Reha-Maßnahmen. Das Problem bislang: Es mussten alle ambulanten Versorgungen am Wohnort ausgeschöpft werden, bevor eine stationäre Kur genehmigt wurde. Das hat sich zum 1. Januar 2019 geändert. Jetzt können pflegende Angehörige eine stationäre Reha in Anspruch nehmen, auch wenn ambulante Maßnahmen ausreichend wären.

„Gerade für diejenigen, die durch die Pflege sehr belastet sind, ist die Änderung wichtig. Viele von ihnen konnten ambulante Reha-Leistungen nicht in Anspruch nehmen, weil es die familiäre Situation vor Ort nicht zugelassen hat“, sagt Sozialberaterin Katharina Lorenz vom SoVD-



Häusliche Pflege: Betroffene Angehörige können seit diesem Jahr einfacher in Kur gehen, um sich vom anstrengenden Pflegealltag zu erholen. Foto: Sami Atwa

Beratungszentrum in Hannover. Seit Jahresbeginn müsse die Krankenkasse dafür sorgen, dass der Pflegebedürftige während einer stationären Kur untergebracht wird. Bislang mussten sich die Angehörigen

selbst darum kümmern. „Das ist für viele eine große Erleichterung“, so Lorenz.

Wer als pflegender Angehöriger eine stationäre Reha antreten möchte, muss sich diese vom Arzt verordnen lassen und sie

bei der Krankenkasse oder dem Rentenversicherungsträger beantragen. Dabei helfen die SoVD-Berater in ganz Niedersachsen. Eine Übersicht über die Beratungszentren finden Sie unter www.sovd-nds.de.

Aktionstag beim Heimspiel des Rollstuhlbasketball-Erstligisten gegen Zwickau

SoVD-Aktive jubeln Hannover United zum Sieg



Spannende Szenen wie diese beherrschten das Spielgeschehen bis zum Schluss. Fotos (3): Christian Winter

Mit 71 zu 61 Punkten hat das Team von Hannover United am 15. Spieltag der 1. Rollstuhlbasketball-Bundesliga seine Kontrahenten von den BSC Rollers Zwickau bezwungen. Mit dabei in der United-Arena in Hannover: Rund 200 SoVD-Aktive aus den Kreisverbänden Celle, Diepholz, Hannover-Stadt und -Land, Heidekreis und Hildesheim-Alfeld.

Viele von ihnen waren extra mit großen Bussen zum SoVD-Aktionstag bei Han-

nover United angereist, um ordentlich Stimmung zu machen und das Team mit Händen, Füßen und Klatschpappen anzufeuern. Das hat sich gelohnt: Der Heimsieg war für die Mannschaft ein entscheidender Schritt auf dem Weg in die Play-offs.

Niedersachsens größter Sozialverband unterstützt die Rollstuhlbasketballer von Hannover United seit Jahren. „Inklusion ist für uns schon lange ein wichtiges Thema. Und Hannover

United ist ein hervorragendes Beispiel, wie Inklusion im Bereich Freizeit und Sport ganz praktisch gelebt werden kann“, erklärt SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke. „Darum freuen wir uns sehr über diese Kooperation.“

Rund um das Spiel informierte der SoVD über Inklusion und bot mit Aktionen wie Kinderschminken, „Memory“ zum Hören und „Mensch ärgere dich nicht“ zum Fühlen ein buntes Rahmenprogramm.



Rund 200 begeisterte SoVD-Aktive feuerten das Team von Hannover United lautstark an und ließen sich nach dem Abpfiff mit den siegreichen Spielern ablichten.



Mit Unterstützung vom SoVD-Bären versuchte sich auch SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke am Ball.

Beginn der Erwerbsunfähigkeit willkürlich festgelegt / Widerspruch des SoVD hat vollen Erfolg

Silver-Russell-Syndrom: DRV verweigert SoVD-Mitglied die Erwerbsminderungsrente

Frederik Bähr aus Goslar leidet am seltenen Silver-Russell-Syndrom – einer Form von im Mutterleib entstandenem Kleinwuchs. Hinzu kommen eine schwere Wirbelsäulenverkrümmung und Lungenhochdruck. Im November 2017 musste er sich schließlich einer Lungentransplantation unterziehen. Doch obwohl der 27-Jährige bis dahin schon viele Jahre lang gearbeitet hatte, lehnte die Deutsche Rentenversicherung (DRV) seinen Antrag auf Erwerbsminderungsrente ab – wegen angeblich fehlender Versicherungszeiten. Erst mithilfe des SoVD kam der junge Mann zu seinem Recht.

Trotz seiner gesundheitlichen Probleme hatte Bähr von 2009 bis 2010 zunächst als Koch gearbeitet, dann von 2010 bis 2016 durchgängig als Elektroniker für Betriebstechnik, bevor er seine Tätigkeit krankheitsbedingt aufgeben musste.

„Ich wollte immer auf eigenen Beinen stehen und habe viel dafür getan“, sagt das SoVD-Mitglied. Dennoch lehnte die DRV seinen



Dank SoVD: Weil die Erwerbsminderungsrente im Widerspruchsverfahren genehmigt wurde, ist Frederik Bähr nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen. Foto: Stephanie Bähr

Antrag auf Erwerbsminderungsrente von Anfang Mai 2017 postwendend ab. Begründung: Die Mindestversicherungszeit sei nicht erfüllt. Bähr wusste nicht weiter und wandte sich Hilfe suchend an das SoVD-Beratungszentrum in Goslar.

„Für die Zahlung einer Erwerbsminderungsrente ist eine Wartezeit von fünf Jahren vor Eintritt der Er-

werbsminderung erforderlich“, erklärt SoVD-Beraterin Claudia Stöhr, die Bährs Fall übernommen hat. „In dieser Zeit müssen mindestens 36 Monate lang Pflichtbeiträge gezahlt worden sein.“

Diese Voraussetzungen waren bei Bähr eigentlich längst gegeben. Doch die DRV hatte den Beginn seiner Erwerbsunfähigkeit bereits auf den 1. Novem-

ber 2009 festgelegt – damals war er gerade erst mit der Realschule fertig. „Da frage ich mich wirklich, wofür ich all die Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt habe“, ärgert sich das SoVD-Mitglied.

Stöhr beantragte umgehend Akteneinsicht, um herauszufinden, wie die DRV auf diesen frühen Zeitpunkt gekommen war. „Wie sich herausstellte,

war ein stationärer Krankenhausaufenthalt im Jahr 2009 der Auslöser“, berichtet die Sozialberaterin. „Es hatte den Eindruck, als ob die DRV gezielt nach einem Zeitpunkt gesucht hat, an dem die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen der Rente noch nicht vorlagen.“

Stöhr legte sofort Widerspruch für Bähr ein. Mit vollem Erfolg: Der Beginn der Erwerbsunfähigkeit wurde auf den 17. März 2016 korrigiert – seit diesem Tag war Bähr krankgeschrieben. Inzwischen erhält er eine Rente wegen voller Erwerbsminderung, die ihm rückwirkend ab dem Monat seines Antrags zuerkannt wurde. „Alleine hätte ich das nicht geschafft“, lobt der junge Mann den SoVD.

Für Stöhr hat der Fall dennoch einen bitteren Nachgeschmack: „Herr Bähr war zwischenzeitlich auf Sozialhilfe angewiesen und wäre es ohne die Rente sicher auch heute noch – die DRV sollte dringend ihre Praxis überdenken.“

Informationstag der Kreisverbände in der Region Hannover

SoVD diskutiert über Pflege



Auf dem Podium: Der SoVD sprach mit Experten aus Wissenschaft und Politik. Foto: Meike Janßen

Die SoVD-Kreisverbände Hannover-Land, -Stadt und Burgdorf haben in Laaten rund 200 Interessierte über die Pflegestärkungsgesetze I bis III informiert und mit Experten und Regionalpolitikern über den Gesamtbereich der Pflege diskutiert.

Jürgen Mroz, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Hannover-Land, hob in seiner Begrüßung

die Fortschritte durch die geänderte Gesetzeslage hervor: „Statt des zeitlichen Aufwands für die Pflege ist nun der Grad der Selbstständigkeit entscheidend – also die Frage, inwieweit sich ein Betroffener ohne fremde Hilfe versorgen kann.“ Nun würden endlich auch Menschen mit Demenz oder psychischen Erkrankungen ausreichend berücksichtigt.

Andreas Büscher, Professor für Pflegewissenschaften an der Hochschule Osnabrück, beschrieb in seinem Vortrag, was durch die Pflegestärkungsgesetze I bis III seit 2016 erreicht wurde und welche Fragen noch offen sind. Sein Fazit: Die höchste Priorität habe die Personalfrage. Diese müsse neben der Kostenfrage möglichst zeitnah gelöst werden.

Vertieft wurde das Thema bei einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Regionsabgeordneten sowie Vertretern der Regionsverwaltung und des SoVD.

Hans-Friedrich Wulkopf, Sprecher des sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in der Region Hannover, zog am Ende eine positive Bilanz: „Es ist sehr viel Neues dabei herausgekommen und der SoVD wird weiter kritisch die politischen Entscheidungen beobachten.“



EUTB in Northeim zieht erste Bilanz

Die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) in Northeim ist im vergangenen Jahr als eine der ersten von mittlerweile zehn EUTB-Beratungsstellen des SoVD in Niedersachsen gestartet. Jetzt zogen die Beraterinnen Monika Nölting (links) und Susanne Grebe-Deppe eine erste erfolgreiche Bilanz: Zwischen Mai und Dezember 2018 haben die beiden rund 250 kostenlose Beratungen zur Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung durchgeführt. Am häufigsten ging es dabei um die Themen Beruf und berufliche Bildung einschließlich Studium mit Behinderung. In diesem Jahr sollen Themenabende das Angebot ergänzen – zum Beispiel zur Frage, was sich für junge Menschen mit Behinderung mit der Volljährigkeit ändert. Foto: Kathrin Schrader

Impressum

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: (0511) 70 148 0
Fax: (0511) 70 148 70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sovnd-nds.de

Redaktion:
Christian Winter
Tel.: (0511) 70 148 54
Stefanie Jäkel (Leitung)
Tel.: (0511) 70 148 69

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Barrierefreiheit: Auszeichnung für Hannoversche Werkstätten

SoVD überreicht Plakette



Bei der Verleihung (von links): Hans-Friedrich Wulkopf, Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Kreisverbands Hannover-Land, Franziska Klatt und Christine Herbrig von den Hannoverschen Werkstätten und der SoVD-Kreisverbandsvorsitzende Jürgen Mroz. Foto: Lorenz Varga

Der SoVD in Niedersachsen verleiht die Plakette „Überlegt geplant – an alle gedacht“ an besonders barrierefreie Einrichtungen und Häuser. Jetzt hat der SoVD-Kreisverband Hannover-Land das Gebäude der Hannoverschen Werkstätten in Rethen mit der Auszeichnung gewürdigt.

Der Auszeichnung liegt eine sieben-seitige Check-

liste des SoVD zugrunde. Denn ein barrierefreies Gebäude muss nicht nur Rollstuhlfahrern ermöglichen, sich ungehindert zu bewegen. Für Menschen, die schlecht oder gar nicht lesen können, ist eine Beschilderung in leichter Sprache oder Piktogrammen erforderlich. Fahrstühle sollten über ertastbare Kennzeichnungen

der Stockwerke und eine Sprachausgabe verfügen, Türen automatisch öffnen.

„Als Arbeitsort für Menschen mit Behinderung sollten wir natürlich mit gutem Beispiel vorangehen und die gegebenen Kriterien erfüllen“, so Franziska Klatt von der Geschäftsleitung der Werkstätten. „Für uns bedeutet diese Auszeichnung eine Würdigung unseres Engagements für Menschen mit Behinderung und – wie die Plakette besagt – unserer überlegten Planungen.“

Die Auszeichnung hängt nun gut sichtbar in der Rethener Einrichtung. Darauf ist auch Jürgen Mroz, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Hannover-Land, stolz: „Mich freut es als Rethener besonders, dass wir hier vor Ort eine Einrichtung haben, die nicht nur die Vorgaben eines barrierefreien Gebäudes erfüllt, sondern auch einen großen Teil zu einer inklusiveren Gesellschaft beiträgt.“

Nachklinische Betreuung von Krebspatienten

SoVD in Oldenburg fordert bessere hausärztliche Versorgung



Problemfall Krebsnachsorge: Gerade auf dem Land reichen die hausärztlichen Kapazitäten oft nicht aus. Foto: Veer Incorporated

Bei vielen Krebspatienten übernimmt der Hausarzt die Nachbetreuung – besonders in ländlichen Gebieten. Darum fordert Hannelore Veith, Kreisfrauensprecherin des SoVD in Oldenburg: „Krankenkassen und Politik müssen dafür sorgen, dass die hausärztliche Versorgung im Landkreis besser wird.“

Pünktlich zum Weltkrebstag 2019 hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine „Nationale De-

kade gegen Krebs“ ausgerufen. Bei der neuen Strategie geht es nicht nur um medizinische Forschung und Behandlungsmethoden, sondern auch um eine bessere nachklinische Betreuung. Daran knüpft Veith mit ihrer Forderung an. „Im Alltag ist meist der Hausarzt präsent“, berichtet sie. „Oft begleitet er die Familien der Krebspatienten mental und medizinisch. Diese nachklinische onkologische Betreuung ist

aufwendig.“ Wenn der einzelne Hausarzt an Grenzen stoße, weil es in seinem Umfeld an Allgemeinmedizinern fehle, müsse Abhilfe geschaffen werden. „Es wäre gut, in jeder Kreisstadt ein Medizinisches Versorgungszentrum für onkologische Nachsorge zu haben“, so die Kreisfrauensprecherin. Dabei vergisst sie nicht, an die Eigeninitiative zu appellieren und ruft zur regelmäßigen Vorsorgeuntersuchung auf.

Stadtbücherei Walsrode

Gelungener Umbau



Zufrieden mit der Barrierefreiheit (von links): SoVD-Kreisfrauensprecherin Annette Krämer, der Vorsitzende des SoVD im Heidekreis Jürgen Hestermann, Kerstin Heßland vom Bauamt, Walsrodes SoVD-Ortsverbandsvorsitzende Anneliese Heller und Büchereileiterin Sabine Axt. Foto: Klaus Müller

Der Umbau der Stadtbücherei Walsrode hat viel Lob vom SoVD-Kreisverband Heidekreis geerntet. „Ich bin begeistert, wie sehr hier auch an behinderte Menschen gedacht worden ist“, so Kreisfrauensprecherin Annette Krämer nach einer Ortsbesichtigung.

Sehr gut gelöst seien neben der Helligkeit in allen Bereichen die neuen Regale, die nicht allzu hoch und damit für jeden zu erreichen sind. Einen dicken Pluspunkt gab es außerdem für den neuen Aufzug, der gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Bücherei bedient werden kann. Auch die neue

Behindertentoilette fiel sehr positiv auf. Krämer: „Die Bücherei ist für uns fast perfekt geworden.“

Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten gab es mit Blick auf die Eingangstüren, die sich nur mit viel Kraft bewegen lassen: Hier biete sich eine automatische Türöffnung an. „Daran arbeiten wir noch“, versprach Kerstin Heßland, die im städtischen Bauamt hauptverantwortlich für die Planung und Durchführung zeichnet. „Kommen Sie sehr gern wieder auf mich zu“, ermunterte sie den SoVD, der sich über so viel Verständnis für soziale Fragen sehr gefreut hat.

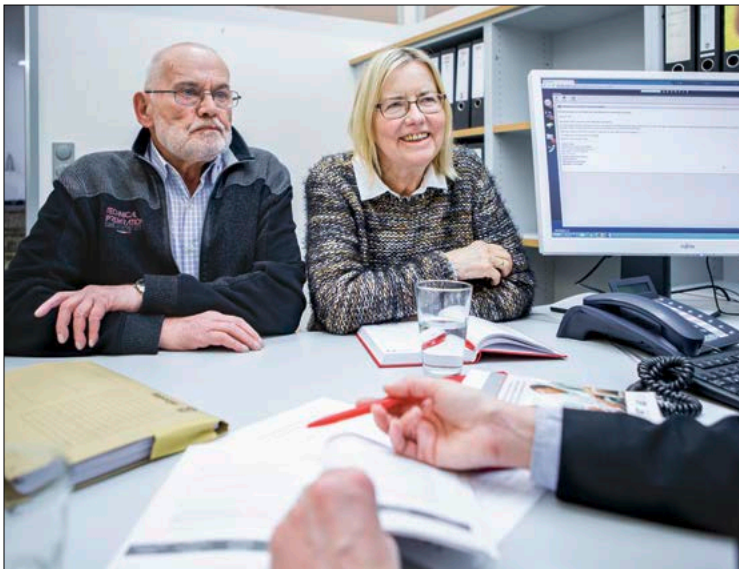
Frauenfrühstück in Bad Sachsa



Die neue Kreisfrauensprecherin Sandra Oferath (2. von rechts) vom SoVD-Kreisverband Osterode hat sich mit einem Frauenfrühstück in Bad Sachsa vorgestellt. Als Gäste konnte sie unter anderem Landesfrauensprecherin Roswitha Reiß (hinten, 3. von links) und den SoVD-Kreisverbandsvorsitzenden Frank Uhlenhaut (rechts) begrüßen. Ein starkes Bündnis für die Rechte der Frauen liegt Oferath besonders am Herzen. Dafür will sie zum Beispiel die Kontakte und die Kommunikation mit den Gleichstellungsbeauftragten im Gebiet des Kreisverbands ausbauen. Zudem ist ihr der Austausch mit den Frauensprecherinnen der SoVD-Ortsverbände wichtig. „Die Gleichstellung der Frau braucht kontinuierliche Anstrengungen auf allen Ebenen“, bekräftigte Roswitha Reiß. In ihrer Rede ging sie unter anderem auf die immer noch vorhandenen Defizite bei der Mütterrente ein. Mit ihrer Fotoaktion machten die Teilnehmenden des Frauenfrühstücks unmissverständlich klar, dass ihr Ziel die gleiche Mütterrente für alle ist. Foto: Willi Schmitz

SoVD in Braunschweig erkämpft 1,3 Millionen Euro

Kreisverband verzeichnet starken Zuwachs



Gute Beratung, zufriedene Mitglieder: Der SoVD in Braunschweig kann auf ein erfolgreiches Jahr 2018 zurückblicken. Foto: Lennart Helal

Der SoVD in Braunschweig ist auf Wachstumskurs: Zum Jahreswechsel zählte der Kreisverband 5.602 Mitglieder – ein Plus von gut 4,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch die Bilanz der juristischen Auseinandersetzungen mit den Sozialkassen kann sich sehen lassen: Im Jahr 2018 hat Niedersachsens größter Sozialverband in Braunschweig mehr als 1,3 Millionen Euro

allein an direkten Geldleistungen für seine Mitglieder erkämpft – ein Großteil davon durch Widersprüche und Klagen gegen zuvor abgelehnte Anträge in den Bereichen Rente, Pflege, Gesundheit und Hartz IV.

„Rechnen Sie das mal auf Deutschland hoch – da kommt eine schöne Summe zusammen, die die Sozialkassen den Versicherten sonst vorenthalten hätte“, sagt Kai Bursie, Regional-

leiter des SoVD in Braunschweig. Bursie rät daher jedem, dessen Antrag bei den Sozialkassen abgelehnt wird, sich fachlichen Rat einzuholen und nicht vor einem Widerspruch und – sollte auch dieser abgelehnt werden – einer Klage zurückzuschrecken. „Fast jede zweite Klage gewinnen wir vor den Sozialgerichten“, berichtet der Regionalleiter. Doch auch schon im Antragsverfahren kann sich der Weg zum SoVD lohnen: Die Bewilligungsquote liegt bei SoVD-Anträgen mit rund 70 Prozent deutlich über dem Durchschnitt, wie Bursie mitteilt.

Der SoVD in Braunschweig hat im vergangenen Jahr mehr als 1.300 Verfahren bearbeitet, davon alleine knapp 500 Klagen vor den Sozialgerichten. Die häufigsten Themen in der Beratung waren die Rente, darunter auch die Erwerbsminderungsrente, und das Schwerbehindertenrecht – gefolgt von Fragen zu Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung sowie Grundsicherung, Sozialhilfe und Hartz IV.

SoVD-Frauen sprechen mit Abgeordneten

Besuch im Landtag



Gruppenbild mit Herren: die SoVD-Frauen aus Holzminden und ihre männlichen Begleiter. Foto: Petra Grotenburg

Die Frauensprecherinnen der SoVD-Ortsverbände im Kreisverband Holzminden haben den Niedersächsischen Landtag in Hannover besucht. Gastgeber war Hermann Grupe, SoVD-Mitglied und Landtagsabgeordneter (FDP).

Die Frauen und ihre Begleiter verfolgten eine Plenardebatte und diskutierten im Anschluss eine gute Stunde lang mit Grupe und der SPD-Abgeordneten Sabine Tippelt. Dabei ging es neben landespolitischen Themen auch um konkrete Probleme

im Kreis Holzminden – allen voran die katastrophale Lage beim Straßenbau.

Tippelt betonte, dass alle vier Abgeordneten aus dem Kreisgebiet an einem Strang zögen und sich zum Wohle der Region einsetzten. Man sei sich einig, dass dringend etwas passieren müsse, damit der Kreis nicht noch weiter ins Hintertreffen gerate, so Grupe. Dem stimmten die Besucher vom SoVD unbedingt zu. „Wir werden auch weiterhin ein unbequemer Mahner sein“, hieß es vom Kreisvorstand.

Fachtagung: 10 Jahre UN-BRK

Wie hat sich Schule verändert?



Gemeinam lernen – egal ob mit oder ohne Behinderung: Das ist inklusive Schule im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Foto: PantherMedia / Lisa Young

Vor zehn Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland in Kraft getreten und seitdem geltendes Recht in Bund und Ländern. Auch Niedersachsen hat nach einem langen Entwicklungs- und Diskussionsprozess mit dem Schuljahr 2013/2014 die inklusive Schule eingeführt, sie aber bereits nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen – beziehungsweise im Förderbereich Lernen bis 2028 ausgesetzt.

Wie hat die UN-BRK die Schule verändert? Wie ist die inklusive schulische Bildung umgesetzt worden? Wie sieht es heute in der Praxis aus – und wie geht es weiter? Der SoVD

in Niedersachsen und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wollen bei einer gemeinsamen Fachtagung in Hannover Bilanz ziehen.

Mit dabei ist unter anderem der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Termin: Dienstag, 26. März 2019 von 9.15 bis 15.30 Uhr im Alten Rathaus, Karmarschstraße 42, Hannover.

Wer an der Fachtagung teilnehmen möchte, kann sich bis zum 15. März 2019 telefonisch unter 0511/7014837 oder per E-Mail an sozialpolitik@sovd-nds.de anmelden.

Nachruf

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. trauert mit dem SoVD-Kreisverband Schaumburg um den Kreisvorsitzenden

Horst Lissel

Er verstarb am 26. Januar 2019 im Alter von 61 Jahren. Horst Lissel trat 2013 dem Verband bei. Seit 2016 bekleidete er die Funktion des 2. Vorsitzenden im Ortsverband Nienstädt. Ab 2017 führte er den Kreisverband Schaumburg als 1. Vorsitzender. Horst Lissel hat sich mit seiner ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und Respekt verdient.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.



WhatsApp-Sprechstunde: März-Termin vormerken!

Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD. Dabei sein ist ganz einfach: Fügen Sie die Nummer 0511/65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage über WhatsApp. Bei den monatlichen Terminen beantworten Sozialberater Fragen rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Gleich vormerken: Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Donnerstag, 7. März 2019 von 17 bis 18 Uhr statt. Foto: Stefanie Jäkel